

Graf, Hans Georg

Article — Digitized Version

Bevölkerungsrückgang und Wirtschaftsentwicklung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Graf, Hans Georg (1976) : Bevölkerungsrückgang und Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 9, pp. 455-461

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134990>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bevölkerungsrückgang und Wirtschaftsentwicklung

Hans Georg Graf, St. Gallen

In der Bundesrepublik ist seit einigen Jahren eine Abnahme der Geburtenhäufigkeit bei den deutschen Einwohnern zu beobachten, die zu einem Bevölkerungsrückgang führt. In welcher Größenordnung wird die deutsche Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten zurückgehen, und wie wird sich dieser Rückgang auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken?

Von kurzfristigen Überlegungen geprägt herrscht die Vorstellung vor, daß die Bevölkerung ein festes Datum von großer Konstanz im Rahmen gesellschaftlicher Fakten sei. Diese Annahme ist irrig, weil sich innerhalb der Bevölkerung ständig Verschiebungen ergeben und daraus gesamtwirtschaftlich relevante Verhaltensänderungen entstehen. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß jede Veränderung in der Bevölkerungsentwicklung deutliche Auswirkungen in der Zukunft nach sich zieht. Jede nicht auf die Lösung von Gegenwartsproblemen ausgerichtete Entscheidung hat die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung zu berücksichtigen.

Seit 1964 kann in den meisten europäischen Ländern eine Reduktion des natürlichen Bevölkerungswachstums beobachtet werden. In verschiedenen Ländern, so in der Bundesrepublik Deutschland und auch in der Schweiz, wurde die Verlangsamung des natürlichen Bevölkerungswachstums zunächst durch den starken Zustrom von Ausländern überdeckt¹⁾. Als 1974 der Wanderungsgewinn in ein Wanderungsdefizit umschlug, kam der seit 1972 beobachtete Gestorbenenüberschuß zum Tragen, der im wesentlichen eine Folge des raschen Rückgangs der Geburtenziffer und nur zum Teil auf einen Anstieg der Sterbeziffer zurückzuführen ist. Der weitaus größte Teil des Geburtenrückgangs ist auf eine „echte“ Abnahme der Geburtenhäufigkeit, auf eine Veränderung des generativen Verhaltens und nicht auf

die Altersstruktur zurückzuführen²⁾. Schubnell³⁾ und Rückert⁴⁾ betonen, daß der Geburtenrückgang nicht auf *eine* Ursache zurückgeführt werden kann: „... Wir (haben) es mit einem sehr vielschichtigen und komplizierten Geflecht von Ursache- und Wirkungszusammenhängen zu tun ..., wobei die Wirkungsfaktoren ... ein sehr unterschiedliches – und sich ständig änderndes – Gewicht besitzen. Damit wird die Unhaltbarkeit einer monokausalen Erklärung ... der Ursachen des Geburtenrückganges deutlich“⁵⁾.

Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kommen zum Ergebnis, daß auch längerfristig mit einem weiteren Absinken der Wohnbevölkerung gerechnet werden muß, und zwar unter der Annahme eines auf niedrigem Niveau verharrenden generativen Verhaltens der Bevölkerung und bei bescheidenen Wanderungsbewegungen⁶⁾. Auch wird mit einem relativ konstanten Bestand an Ausländern gerechnet. Bis zum Jahre 1990 würde nach diesen Berechnungen die deutsche Bevölkerung um rund 3,5 Mill. Personen abnehmen. Es soll hier der Frage nachgegangen werden, welche ökonomischen Konsequenzen mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang verbunden sind.

Einfluß auf das Wirtschaftswachstum

Die Meinungen über die Bedeutung der demographischen Entwicklung im Rahmen des Wirtschaftswachstums sind geteilt. Zwar ist unbestritten, daß die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes mit der Größe und Struktur der Bevölkerung eng zusammenhängt, aber über die Frage, wie der Kausalzusammenhang ist, herrscht Un-

1) In Deutschland entfielen fast 60 % des gesamten Bevölkerungszuwachses seit 1950 auf Wanderungsgewinne.

2) Vgl. H. Fleischer, F. Putz: Bevölkerungsentwicklung 1961 bis 1970, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8/72, S. 423.

3) H. Schubnell: Der Geburtenrückgang in Deutschland, in: R. Mackensen, H. Wever (Hrsg.): *Dynamik der Bevölkerungsbewegung*, München 1973, S. 40 ff.

4) G. R. Rückert: Analysen und Kommentare zur gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung und ihren absehbaren Trends in der Bundesrepublik Deutschland, in: F. X. Kaufmann (Hrsg.): *Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität*, Stuttgart 1975, S. 5 ff.

5) H. Schubnell, a. a. O., S. 71.

6) Zuletzt Ch. Höhn, W. Linke: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, in: *Wirtschaft und Statistik*, H. 6/1976, S. 337 ff., und H. 12/1975, S. 793 ff. Die Ergebnisse dieser Vorausschätzung wurden in dieser Studie verwendet.

Dr. Hans Georg Graf, 38, ist Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen und stellvertretender Leiter des St. Galler Zentrums für Zukunftsforschung.

einigkeit. So betont Bickel⁷⁾: „Es wäre sicherlich verfehlt, den primären Motor der wirtschaftlichen Expansion, wie sie in Europa zu beobachten war, im Bevölkerungswachstum zu erblicken, da es ja anderswo, trotz steten Bevölkerungsdrucks, nicht zu einer solchen Entwicklung kam. ... Dennoch war das Bevölkerungswachstum wesentliche Voraussetzung und unentbehrlicher Faktor der Entwicklung.“

Es fällt also schwer, der demographischen Entwicklung einen exakten Platz im Rahmen des Wirtschaftswachstums zuzuweisen. Alle wirtschaftliche Aktivität ist – oder sollte sein – darauf ausgerichtet, die Wohlfahrt der Menschen zu verbessern oder zu erhalten. Neben seiner Rolle als Konsument hat aber ein jeder seinen Teil zur Produktion beizutragen. Die wirtschaftliche Entwicklung soll also einerseits zur Verwirklichung der Wohlfahrtsziele beitragen und wird andererseits durch den möglichen Beitrag der Bevölkerung in ihrer Entwicklung beeinflusst. Stärke und Richtung der Einflüsse auf die Wirtschaft sind damit von der Größe, der Alters- und Geschlechtsstruktur, der räumlichen Gliederung sowie vom Stand der Bildung und Ausbildung und der Leistungsmotivation der Bevölkerung abhängig.

Auf der anderen Seite wird darauf hingewiesen, daß auch vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand Einflüsse auf die demographische Entwicklung ausgehen. Zweifellos sind die modernen Massenwanderungen im internationalen System in erster Linie durch das Entwicklungsgefälle, das zwischen den einzelnen Gliedern dieses Systems besteht, entstanden⁸⁾. Bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird auf die Theorie des demographischen Übergangs hingewiesen, die sich im europäischen Raum empirisch belegen läßt⁹⁾. Dennoch wird die natürliche Bevölkerungsbewegung und insbesondere die Geburtenentwicklung von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt; eine monokausale Begründung ist nicht zulässig.

Effekte einer Bevölkerungszunahme

Der Einfluß der Bevölkerungsentwicklung auf die Wirtschaftstätigkeit ist in zweierlei Hinsicht zu durchleuchten. Einerseits wird die Nachfrage durch die Entwicklung der Bevölkerung sowie durch Änderungen ihrer Struktur wesentlich beeinflusst. Wenn die Bevölkerung wächst, so wachsen naturgemäß auch die Bedürfnisse nach Nahrung, Bekleidung, Wohnung sowie nach anderen Konsumgütern und Dienstleistungen; zugleich wachsen die Ansprüche an die staatlichen Infrastrukturleistungen auf dem Gebiet des Schul- und Erziehungswesens, des Gesundheits- und Sanitätswesens, der Energie- und Verkehrswirtschaft,

⁷⁾ W. Bickel: Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum, in: Die Schweiz in einer Welt der Entwicklung, Bern 1962.

der sozialen Fürsorge, des Rechtsschutzes, der Verwaltung usw. Dadurch werden auch die Investitionen angeregt, so daß die volkswirtschaftliche Gesamtwirkung der demographisch bedingten Nachfrageausweitung im privaten und staatlichen Sektor in der Regel beträchtlich größer als die Initialzündung ausfällt, die sie verursachte. Man spricht in diesem Zusammenhang von „multiplikativen“ und „akzelerativen“ Wirkungen des Bevölkerungswachstums auf die wirtschaftliche Entwicklung. Ebenso ist auf die Auswirkungen der Bevölkerungsstruktur hinzuweisen. Beschränken wir uns auf die Altersgliederung, so ist deutlich, daß das Konsumverhalten von Altersgruppe zu Altersgruppe verschieden ist.

Ist eine Bevölkerungszunahme in erster Linie auf eine Erhöhung der Geburtenhäufigkeit oder auf einen Sterblichkeitsrückgang der Bevölkerung zurückzuführen, so sind – namentlich im letzten Fall – die unmittelbaren Expansivwirkungen auf die Wirtschaft relativ bescheiden. Diese beiden Fälle unterscheiden sich allerdings insofern, als wachsende Geburtenziffern wohl eine relativ bescheidene unmittelbare Expansivwirkung ausüben, mittel- und langfristig dagegen – wenn die zahlenmäßig stärkeren Jahrgänge in das schul- und später in das erwerbs- und heiratsfähige Alter eintreten – einen wachsenden Impuls auf die Wirtschaft ausstrahlen. Das ist bei einem fortschreitenden Sterblichkeitsrückgang nicht der Fall, da dieser nur geringfügige Sekundärwirkungen zu erzeugen imstande ist.

Die stärksten unmittelbaren Expansivwirkungen auf die Nachfrage und damit für wirtschaftliches Wachstum ergeben sich durch einen Einwanderungsüberschuß, insbesondere wenn es sich bei den Zuwanderern um Erwerbstätige mit ihren Familien handelt.

Nicht-demographische Faktoren

Auf der Angebotsseite bestimmt das Arbeitskräftepotential im Zusammenwirken mit der Leistung der Beschäftigten die Expansionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft. Wenn auch durch den technischen Fortschritt und den vermehrten Kapitaleinsatz menschliche Arbeitskraft eingespart werden kann, so bleibt doch das wirtschaftliche Wachstum letzten Endes an das verfügbare Arbeitskräftepotential und seine Zunahme gebunden. Eine geringe Zunahme der Arbeitskräfte macht die Produktion weniger anpassungsfähig. Ein kleineres Wachstum des Produktionsvolumens beschränkt zudem die Zunahme des Grades der

⁸⁾ Vgl. H.-J. Hoffmann-Nowotny: Migration, Stuttgart 1970.

⁹⁾ Vgl. H. Schubnell: Ist die Erde überbevölkert?, in: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 111. Jg. (1975), H. 4, S. 414. Siehe auch R. Mackensen: Entwicklung und Situation der Erdbevölkerung, in: R. Mackensen, H. Werner (Hrsg.): Dynamik der Bevölkerungsentwicklung, a. a. O., S. 32.

Arbeitsteilung sowie der Mechanisierung und Spezialisierung der Produktion, wodurch die Steigerung der Arbeitsproduktivität kleiner ausfällt.

Die Entwicklung der Zahl der Erwerbsfähigen ist augenfällig von Stand und Entwicklung der Bevölkerung abhängig. Zwar üben auch mehrere nicht-demographische Faktoren auf die Erwerbsquote einen Einfluß aus¹⁰⁾, doch zeigen verschiedene Untersuchungen¹¹⁾, daß das bisherige Wachstum des Arbeitskräftepotentials überwiegend durch die Veränderungen der Altersstruktur bestimmt wurde. Niedrige Geburtenzahlen reduzieren auf längere Sicht die Zahl der Erwerbsfähigen und beschneiden somit die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft.

Allerdings ist zu betonen, daß die vom Bevölkerungswachstum ausgehenden Impulse je nach der Beschaffenheit und der Einwirkungsstärke der an-

deren Bestimmungsfaktoren des wirtschaftlichen Wachstums potenziert oder – umgekehrt – abgeschwächt, ja unter Umständen sogar völlig neutralisiert werden können. Derartige „unorthodoxe“ Fälle finden wir einerseits in Japan mit relativ niedrigem demographischen, aber hohem wirtschaftlichen Wachstum, und andererseits in einer Mehrzahl von Entwicklungsländern mit niedriger wirtschaftlicher Wachstumsrate, aber rasch steigenden Bevölkerungszahlen.

Modellmäßige Betrachtung

Die Frage nach den mittel- bis langfristigen Auswirkungen des generativen Verhaltens, wie es gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland beobachtet werden kann, soll im folgenden anhand einer Modellrechnung skizziert werden¹²⁾.

¹⁰⁾ Vgl. H. G. Graf: Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, in: F. X. Kaufmann (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität, a. a. O., S. 39.

¹¹⁾ Vgl. T. Boile: Bevölkerung und Arbeitskräftepotential der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1960-1975, Berlin 1965; ders.: Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in den Ländern der EFTA 1965-1980, Berlin 1968.

¹²⁾ Wir möchten betonen, daß es sich bei dieser Modellrechnung nicht um eine Prognose handelt, der unsererseits eine gewisse Eintretenswahrscheinlichkeit zugemessen wird. Insbesondere kann die Geburtenentwicklung für den zugrunde gelegten langen Beobachtungszeitraum nicht sinnvoll vorhergesagt werden. Die quantitativen Ergebnisse hätten nur dann Gültigkeit, wenn die zugrunde gelegten Annahmen eintreffen. Vgl. auch Ch. Höhn, W. Linke: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1975, S. 793 (Vorbemerkung).

Tabelle 1

**Modellmäßige Berechnung der Entwicklung der deutschen Bevölkerung 1970–2050
Modell A: Geburtenentwicklung gemäß Annahmen des Statistischen Bundesamtes *)**

	1970		1990		2010		2030		2050	
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
0–19	17 447,3	30,0	11 407,3	20,8	12 648,2	24,3	8 280,2	18,6	9 184,8	23,9
20–59	29 165,1	50,1	31 859,6	58,1	27 460,3	52,7	23 071,2	51,8	19 923,9	51,8
60 und mehr	11 599,6	19,9	11 528,6	21,1	12 024,5	23,0	13 152,4	29,6	9 371,0	24,3
Gesamt	58 212,0	100,0	54 795,5	100,0	52 133,0	100,0	44 503,8	100,0	38 479,7	100,0
Erwerbstätige	24 777,3	42,6	26 932,0	49,2	24 151,7	46,3	20 561,3	46,2	17 600,7	45,7
Nicht Aktive	33 434,7	57,4	27 863,5	50,8	27 981,3	53,7	23 942,5	53,8	20 879,0	54,3
Belastungsquoten:										
0–19jährige ¹⁾	598		358		461		359		461	
60 u. m. jährige ¹⁾	398		362		438		570		470	
Nicht Aktive ²⁾	1 349		1 035		1 159		1 164		1 186	

*) Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990; Wirtschaft und Statistik, H. 12/1975.
1) Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 20–59 Jahren (in %). 2) Bezogen auf 1000 Erwerbstätige.

Tabelle 2

**Modellmäßige Berechnung der Entwicklung der deutschen Bevölkerung 1970–2050
Modell B: Geburtenentwicklung nach 1990 etwa auf dem Niveau von 1970**

	1970		1990		2010		2030		2050	
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
0–19	17 447,3	30,0	11 407,3	20,8	16 412,7	29,4	10 744,3	21,2	15 465,1	30,5
20–59	29 165,1	50,1	31 859,6	58,1	27 460,3	49,1	26 778,8	52,8	25 853,6	51,0
60 und mehr	11 599,6	19,9	11 528,6	21,1	12 024,5	21,5	13 152,4	26,0	9 371,0	18,5
Gesamt	58 212,0	100,0	54 795,5	100,0	55 897,5	100,0	50 675,5	100,0	50 689,7	100,0
Erwerbstätige	24 777,3	42,6	26 932,0	49,2	24 590,0	44,0	23 514,7	46,4	22 673,6	44,7
Nicht Aktive	33 434,7	57,4	27 863,5	50,8	31 307,5	56,0	27 160,8	53,6	28 016,1	55,3
Belastungsquoten:										
0–19jährige ¹⁾	598		358		598		401		598	
60 u. m. jährige ¹⁾	398		362		438		491		363	
Nicht Aktive ²⁾	1 349		1 035		1 273		1 155		1 236	

1) Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 20–59 Jahren (in %). 2) Bezogen auf 1000 Erwerbstätige.

Ausgangspunkte sind die Altersstrukturen der deutschen Bevölkerung¹³⁾, gegliedert in fünf Altersgruppen von jeweils 20 Jahren, in den Jahren 1970 und 1990¹⁴⁾. Die Berechnung der Bevölkerungsentwicklung erfolgt in jeweils 20jährigem Intervall, indem jede Altersgruppe in Funktion der Überlebenswahrscheinlichkeit um 20 Jahre fortgeschrieben wird sowie aufgrund der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter die Geburten ermittelt werden. Damit kann die Besetzung der fünf Altersgruppen sowie die Zahl der Erwerbstätigen geschlechterspezifisch ermittelt werden.

Für diese Modellrechnung sind drei Annahmen über die Entwicklung der Geburten, der Sterblichkeit und der Erwerbstätigkeit zu treffen; von Wanderungen wird im Modell abstrahiert.

Bei der *Geburtenhäufigkeit* wurde die Zahl der geborenen Deutschen im Jahre 1975 zum Bestand an Frauen der Altersgruppe 20–39 Jahre in Beziehung gesetzt¹⁵⁾. Die resultierende Geburtenziffer von 75 ‰¹⁶⁾ wurde im Modell A für die gesamte Betrachtungsperiode (bis ins Jahr 2050) konstant belassen. Wie die Vergangenheit zeigt, kann die Geburtenhäufigkeit relativ raschen Veränderungen unterliegen. Wir haben deshalb im Modell B nach 1990 angenommen, daß die – wie oben definierte – Geburtenziffer wieder auf 95 ‰¹⁷⁾ ansteigt. Die Gesamtzahl der Geburten im 20jährigen Zeitraum und damit die Klasse der 0–19jährigen im Zeitpunkt $t+20$ ergibt sich durch Multiplikation der so ermittelten Zahl der Geburten mit 20. Die Aufteilung auf Knaben und Mädchen erfolgte mit dem Faktor 0,511¹⁸⁾.

Die *Sterblichkeit* wurde aus einem Vergleich der Altersstrukturen der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1970 und 1990 abgeleitet und für die gesamte weitere Periode konstant belassen. Damit wird eine leichte Zunahme der Überlebenswahrscheinlichkeit bis 1990 berücksichtigt. Die zugrunde gelegten Überlebensquoten sind:

	Männer	Frauen
von 0–19 nach 20–39	0,98	0,99
von 20–39 nach 40–59	0,93	0,96
von 40–59 nach 60–79	0,63	0,78
von 60–79 nach 80–99	0,11	0,21
von 80–99 nach 100 und mehr	0,0	0,0

Die Zahl der *Erwerbstätigen* wurde aufgrund der Verhältnisse im Jahre 1970 nach Altersgruppen ermittelt. Bisher erkennbare Verschiebungen der

¹³⁾ Den Berechnungen haben wir nur den deutschen Bevölkerungsteil zugrunde gelegt, da erstens mit nur bescheidenen Veränderungen des Ausländerbestandes gerechnet werden kann, zweitens der Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung atypisch ist und weil drittens bei diesem Vorgehen eines der wesentlichen Unsicherheitsmomente einer Bevölkerungsschätzung, nämlich das Wanderungselement, bedeutungslos wird.

altersgruppenspezifischen Erwerbsquoten wurden in der Zukunft fortgesetzt, um einerseits der Verlängerung der Ausbildungsdauer Jugendlicher und andererseits der politischen Forderung zur Herabsetzung des Pensionierungsalters Rechnung zu tragen. Folgende Erwerbsquoten liegen der Berechnung zugrunde:

	1970		1990		2010		2030		2050	
	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W
0–19	12,2	11,9	12,0	11,7	11,8	11,6	11,6	11,4	11,5	11,3
20–39	93,7	51,0	93,3	50,7	93,0	50,5	92,8	50,5	92,7	50,5
40–59	94,9	53,3	95,1	53,4	95,3	53,5	95,4	53,5	95,5	53,5
60–79	36,9	10,4	36,2	10,2	35,6	10,1	35,2	10,0	35,0	10,0

Ergebnisse der Berechnungen

Die Ergebnisse der Berechnungen, die bis ins Jahr 2050 reichen, sind in den Tabellen und Abbildungen 1 und 2 für die Modelle A und B dargestellt. Für das Jahr 1990 wird in beiden Ansätzen die Vorhersage des Statistischen Bundesamtes¹⁹⁾ eingesetzt; die Berechnungen werden also praktisch auf dieser Basis fortgeführt.

□ In Modell A ist durchgehend eine Geburtenhäufigkeit eingesetzt, wie sie etwa im Jahr 1975 in Deutschland beobachtet wurde und den Vorausschätzungen des Statistischen Bundesamtes bis 1990 zugrunde liegt. Unter dem Einfluß dieses niedrigen Reproduktionsniveaus sinkt die Bevölkerung zunächst langsam, nach 2010 aber sehr deutlich; im Jahre 2050 würde sie bei den getroffenen Annahmen um ziemlich genau 1/3 unter dem Bevölkerungsstand von 1970 liegen. Während die Erwerbsquote insbesondere aufgrund der Entwicklung der Altersstruktur bis ins Jahr 1990 deutlich ansteigt, sinkt sie in der Folge nur langsam wieder ab. Ebenso markant wie der Bevölkerungsrückgang fällt nach 1990 die Reduktion der Zahl der Erwerbstätigen aus. Die Belastungsziffern schwanken unter dem Einfluß der getroffenen Annahmen, insgesamt ergibt sich nach 1990 wieder ein leichter Anstieg, der allerdings das Niveau von 1970 nicht erreichen würde.

¹⁴⁾ Für 1970 Ergebnisse der Volkszählung vom 27. 5. 1970. Für 1990 Ch. Höhn, W. Linke: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1975, S. 793 ff. und 753*.

¹⁵⁾ Beide Angaben entnommen aus der Bevölkerungsschätzung des Statistischen Bundesamtes, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1975.

¹⁶⁾ Entspricht ungefähr einer Nettoreproduktionsziffer von 0,7; bei einem Wert von 1 würde eine weibliche Generation (bei konstanter Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit im Beobachtungszeitraum) durch Mädchengeburten ersetzt.

¹⁷⁾ Entspricht etwa einer Nettoreproduktionsziffer von 0,9 und damit einer weiteren niedrigen Geburtenhäufigkeit, die langfristig für die Bestandserhaltung nicht ausreicht.

¹⁸⁾ Das Geschlechterverhältnis bei der Geburt beträgt im langfristigen Mittel 51,3 ‰ Knaben zu 48,7 ‰ Mädchen. Das hier verwendete etwas niedrigere Verhältnis trägt der höheren Säuglingssterblichkeit bei Knaben Rechnung.

¹⁹⁾ Vgl. Ch. Höhn, W. Linke: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1975, S. 793 ff.

□ Das Modell B geht davon aus, daß die Geburtenhäufigkeit nach 1990 wieder auf ein Niveau ansteigt, wie es etwa im Jahre 1970 beobachtet wurde. Bei dieser Annahme würde der Bevölkerungsrückgang bescheidener ausfallen; im Jahre

2050 würde der Bevölkerungsstand rund 50 Mill. betragen. Die Zahl der Erwerbstätigen würde zu diesem Zeitpunkt um etwa 2 Mill. kleiner sein als im Jahre 1970. Die Belastungsquoten liegen wieder über denjenigen des Jahres 1990, das durch

Abbildung 1

Modellmässige Berechnung der Entwicklung der deutschen Bevölkerung 1970 - 2050

Modell A : Geburtenentwicklung gemäss Annahmen des Statistischen Bundesamts

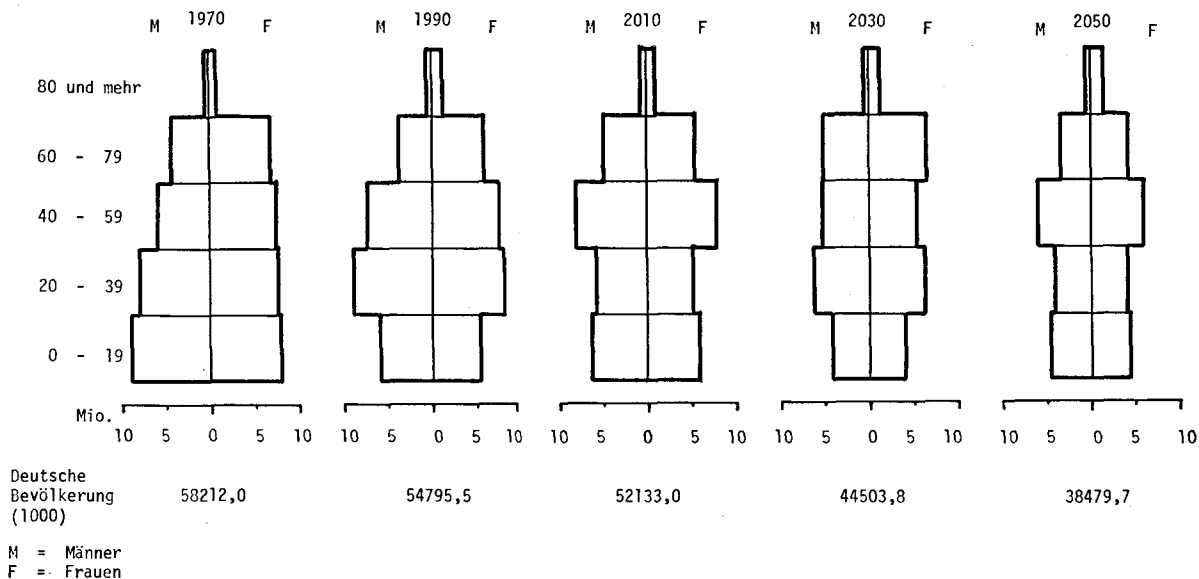
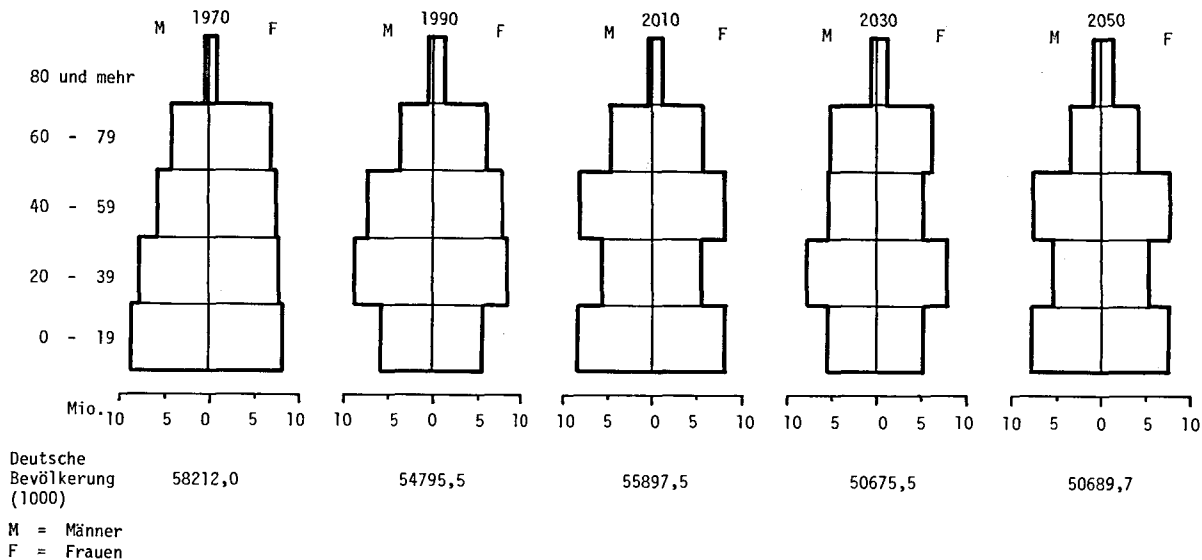


Abbildung 2

Modellmässige Berechnung der Entwicklung der deutschen Bevölkerung 1970 - 2050

Modell B : Geburtenentwicklung nach 1990 etwa auf dem Niveau von 1970



den Altersaufbau begünstigt nur bescheidene Belastungsziffern aufweist.

Die Berechnungen bringen auch zum Ausdruck, daß gleichförmiges reproduktives Verhalten der Bevölkerung keine Stabilität der Altersstruktur herbeiführt, da sich der Einfluß ungleichmäßig besetzter Altersklassen im Ausgangsjahr weiterhin bemerkbar macht.

Entwicklung bis 1990

Wie die Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes und unsere Berechnungen ergeben, kann bis zum Jahre 1990 trotz sinkender Bevölkerungszahlen mit einer Zunahme der deutschen Erwerbstätigen gerechnet werden. Damit sinken auch die Belastungsquoten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gegenüber den Verhältnissen im Jahre 1970. Einerseits rücken bis zum Jahre 1990 relativ starke Geburtenjahrgänge ins erwerbsfähige Alter nach, andererseits ist die Zahl der Jugendlichen wegen des Rückgangs der Geburtenhäufigkeit relativ klein, so daß insbesondere die Belastung durch die Jugendlichen abnimmt.

Von der Angebotsseite gesehen werden die Wachstumschancen der deutschen Volkswirtschaft wegen der gegenüber dem Zeitraum 1960 bis 1975 rascheren Zunahme der Erwerbsbevölkerung²⁰⁾ eher größer als bisher sein. Dies gilt unter der Voraussetzung, daß es gelingt, die bisherigen, im internationalen Vergleich hohen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität aufrechtzuerhalten²¹⁾.

Für die relativ starken Geburtenjahrgänge, die bis ins Jahr 1990 ins Erwerbsalter eingetreten sind, fallen bis zu diesem Zeitpunkt hohe Investitionen im Bildungssystem, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und auch im Wohnbaubereich an, die von der Nachfrageseite her das Wirtschaftswachstum stützen. Die Angebotsmöglichkeiten dürften aber sukzessive rascher als die inländische Nachfrage zunehmen, da die Impulse aus der privaten Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen und dadurch induziert auch im Investitionsbereich wegen des Bevölkerungsrückgangs kleiner werden; dies gilt trotz der Tendenz, daß die Qualitätsansprüche, die einen höheren Produktionsmitteleinsatz erfordern, zunehmen.

Um die Angebotsmöglichkeiten zu nutzen, müssen noch stärker als bisher die Marktchancen im Ausland gesucht werden. Es kann davon ausgegangen werden, daß die weltweite Nachfrage

weiterhin stark steigende Tendenz hat. Dies gilt insbesondere, wenn man bedenkt, daß sich mehr als zwei Drittel der Menschheit — wegen der hohen demographischen Zuwachsraten in den Entwicklungsländern — gezwungen sehen, aus der bisherigen Phase der traditionellen und stationären Wirtschaft herauszutreten und ein Wirtschaftswachstum anzustreben, das ihnen hilft, die Gefahr sich immer katastrophaler auswirkender Versorgungskrisen abzuwenden. Um soziale Krisen auf weltweiter Ebene zu umgehen, *müssen* die Industrienationen sich darum bemühen, der Nachfrage der „Dritten Welt“ zu entsprechen. Dies erfordert allerdings eine entsprechende Anpassung an die strukturell andersartige und sich laufend verändernde Auslandsnachfrage.

Erhöhung der Krisenanfälligkeit

Eine derartige Entwicklung ist allerdings nicht problemlos. An dieser Stelle sei nur auf die Fragen der Handelsbilanz und die Rückwirkungen auf den Wechselkurs der D-Mark hingewiesen. Eine zunehmende Abhängigkeit von Auslandsmärkten erhöht zudem die konjunkturelle Reagibilität, die Krisenanfälligkeit der deutschen Volkswirtschaft, zumal ein tendenzieller Angebotsüberhang in der Regel Depressionen zu verstärken neigt. Die damit einhergehende Arbeitslosigkeit trägt die Gefahr zur Verstärkung sozialer Spannungen innerhalb der Erwerbsbevölkerung in sich. Ältere Erwerbstätige sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, da die Zahl der Arbeitsplätze, die ihrem Alter angemessen ist, beschränkt ist.

Ältere Arbeitskräfte treten also nicht nur untereinander, sondern auch mit den jüngeren um jene Arbeitsplätze in Konkurrenz, auf denen sie den jüngeren zwar gleichwertig, nicht aber überlegen sind. Die Benachteiligung der älteren Beschäftigten kommt darin zum Ausdruck, daß sie leicht in die sozial wenig angesehenen Wirtschaftstätigkeiten abgedrängt werden²²⁾. Verstärkt wird dieser Prozeß durch Strukturwandlungen der Wirtschaft, die einerseits als Folge der nur beschränkt expandierenden Inlandsmärkte und andererseits der stärkeren Ausrichtung auf Auslandsmärkte unumgänglich sind. Die zur Wahrung der internationalen Konkurrenzfähigkeit notwendigen Änderungen der Produktionsstruktur erfordern nicht nur große Anstrengungen im Bereich der Forschungsförderung, sondern stellen auch hohe Ansprüche an die Flexibilität der Erwerbsbevölkerung.

²⁰⁾ Wenn wir unterstellen, daß die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen annähernd konstant bleibt, würde sich die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland — bei den getroffenen Annahmen — bis 1990 um knapp 6 % erhöhen, während sie in den Jahren 1960 bis 1973 trotz eines starken Zustroms ausländischer Arbeitskräfte unter dem Einfluß des Rückgangs der Zahl einheimischer Beschäftigter praktisch stagnierte.

²¹⁾ 1960 bis 1973 durchschnittlich 4,5 % pro Jahr (zum Vergleich: USA 1,7 %, Großbritannien 2,3 %, Belgien 3 %, Schweden 3,3 %, Schweiz 2,7 %); Vorausschätzungen gehen davon aus, daß eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität in dieser Größenordnung aufrechterhalten werden kann.

²²⁾ Vgl. F. X. Kaufmann: Die Überalterung, Zürich, St. Gallen 1960, S. 259 ff.

Wie die über das Jahr 1990 hinausreichenden Modellrechnungen zeigen, ist nach diesem Zeitpunkt mit einem abermaligen Tendenzwechsel zu rechnen. Während in Modell B – bei wieder steigenden Geburtenziffern – ein Tendenzumschlag jeweils im Generationenrhythmus erfolgt, ergibt sich bei Modell A eine zunehmende Überalterung und steigende Belastung durch die ältere Bevölkerung bis ins Jahr 2030, wenn die Geburtenhäufigkeit auf einem niedrigen Niveau verharrt.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen dieser demographischen Tendenz ergeben sich zum Teil im Umkehrschluß aus den obigen Ausführungen. Die wirtschaftlichen Wachstumschancen werden einerseits wegen der abnehmenden Zahl an Erwerbstätigen kleiner. Andererseits sind Produktivitätssteigerungen schwieriger zu erreichen, da ein zunehmender Anteil der Investitionen für Spitäler, die Altersvorsorge und die soziale Sicherung aufzuwenden ist, deren wirtschaftlich meßbare Produktivität eher gering einzuschätzen ist. Schließlich zieht die Überalterung der aktiven Bevölkerung eine Verminderung ihrer volkswirtschaftlichen Produktivität nach sich.

Im Hinblick auf die Nachfrageseite ist davon auszugehen, daß dort gleichzeitig keine entsprechende Reduktion zu beobachten sein wird. Die Ausrichtung der Produktion auf Auslandsmärkte kann kurz- und mittelfristig nicht abgebaut werden. Hinzu kommen die erwähnten Investitionen für die überproportional steigende ältere Bevölkerung sowie die bei einer Überalterung der Bevölkerung allgemein zu beobachtenden Veränderungen der Nachfragestruktur²³⁾.

Soziale Probleme

Die Modellberechnungen zeigen nach 1990, daß sich während einer ziemlich langen Periode eine relative Zunahme der inaktiven Bevölkerungsteile ergibt. Die Belastung der Erwerbstätigen wird am stärksten, wenn sich die Geburtenzahl stabilisiert oder wieder erhöht. Während dieser Übergangsphase steht – durch frühere Pensionierung und

²³⁾ „Das demographische Altern fördert . . . die Abnahme des Primärsektors und die Zunahme des Tertiärsektors . . .“ (F. X. Kaufmann: Die Überalterung, a. a. O., S. 339).

längere Ausbildungsdauer verstärkt – eine relativ kleine Gruppe während einer kürzeren Zeit voll im Erwerbsleben. In dieser Situation wird die Sparkapitalbildung bescheidener ausfallen. Zunehmende Einkommensteile müssen zur Deckung der Renten sowie der Aus- und Weiterbildungskosten verwendet werden. Zur Arbeitskräfteknappheit kann also – auf dem Inlandsmarkt – ein Kapitalengpaß kommen, der Rationalisierungsinvestitionen erschwert.

Auf dem Arbeitskräftemarkt kann sich bei dieser Entwicklung eine paradoxe Situation ergeben: auf der einen Seite eine Verstärkung des Konkurrenzkampfes um Arbeitskräfte, wobei die Löhne naturgemäß die Tendenz haben, über das Maß der Produktivitätssteigerung hinauszuwachsen, und damit auch inflatorische Tendenzen auslösen können. Auf der anderen Seite zeichnet sich ab, daß wegen der Nachfrageverschiebungen zu erwartende Strukturwandel, der durch den technischen Fortschritt und die internationale Arbeitsteilung verstärkt wird, zu Freisetzungprozessen führt. Die Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit und -willigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden dadurch zunehmen. Die Überalterung der aktiven Bevölkerung vermindert aber tendenziell deren Anpassungsfähigkeit. Aufgrund dieser Konstellation kann es trotz der Arbeitskräfteknappheit zu einer Friktionsarbeitslosigkeit kommen, die vor allem bei den älteren Arbeitnehmern zu schwerwiegenden sozialen Problemen führen kann.

Die insbesondere bei der Modellrechnung A zu beobachtende Überalterung der Bevölkerung begünstigt schließlich die soziale Erstarrung innerhalb der industriellen Gesellschaft. Im Falle einer Bevölkerungsstagnation und mehr noch im Falle einer Bevölkerungsschrumpfung kommt es zu einer Überalterung der Eliten, womit „ . . . sich die kollektive Mentalität mit der individuellen Disposition der in diesem Fall noch häufigeren älteren Bevölkerungsglieder verbindet und zu einem Maß an Erstarrung führt, das für den Bestand eines Sozialkörpers ernsthaft gefährlich werden kann“²⁴⁾.

²⁴⁾ F. X. Kaufmann: Die Überalterung, a. a. O., S. 499.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG